Prüfung seiner Informationen mit den dem MfS zur Verfügung stehenden spezifischen Instrumentarium erfolgt.

Inwieweit eine operative Nutzung des Bürgers möglich ist, hängt von seiner Persönlichkeit und den weiteren konkreten Umständen des Einzelfalls ab.

Um eine begründete Entscheidung treffen zu können, ist in jedem Fall im Gespräch mit dem Bürger zu prüfen, ob er für Dritte oder im Auftrag Dritter bei der operativen Dienst Einheit erschien. Beim Bekanntwerden derartiger Hinweise sind alle weiteren vom Sachverhalt und dem Umstand des Erscheinens des Bürgers bei der operativen Dienst Einheit Kenntnis besitzenden Personen zu ermitteln und aufzuklären, um entscheiden zu können, inwieweit deren differenzierte Einbeziehung in die weitere und strafprozessuale Prüfung erfolgen kann. Im Regelfall wird es jedoch nicht möglich sein, bei derartigen Ausgangs lagen völlig auf strafprozessuale Prüfungshandlungen zu verzichten.

Bei allen derartigen Entscheidungen ist unbedingt zu gewährleisten, daß der informierende Bürger in Anlehnung an bestehende Informationspflichten im strafprozessualen Prüfungsstadium¹ bei strikter Gewährleistung von Konspiration und Geheim

¹ In Anlehnung an die Grundsätze der Anweisung 1/85 des Generalstaatsanwalts der DDR vom 1. Juni 1985 sollte der Büräer spätestens einen Monat nach seinem Erscheinen bei der Dienststelle des MfS eine Zwischeninformation zum Stand der Prüfung seiner Information erhalten, welche den Erfordernissen der Gewährleistung von Konspiration und Geheimhaltung entspricht (vgl. hierzu: Generalstaatsanwalt der DDR, Anweisung 1/85 "Die Leitung des Ermittlungsverfahrens durch den Staatsanwalt" Berlin, 1. Juni 1985 AZ: 030-270-187 Pkt. 1.5., S. 5 und "Hinweise zur Schulung¹ der Anweisung 1/85 des Generalstaatsanwalts, a. a. O., Pkt. 1.5., S. 5 f.)